Thorner Zeitung

Gegründet anno 1760

Ostdeutsche Zeitung und General-Anzeiger

Erscheint täglich. Bezugspreis vierteljährl. bei Abholung von der Geschäfts- oder den Ausgabestellen in Thorn, Mocker u. Podgorz 3.00 Mk., monatl 1.00 Mk., frei ins Haus gebracht 3.50 Mk., monatl. 1.20 Mk., bei allen Postanstalten 3.60 Mk., monatl. 1,20 Mk, durch Briefstr. ins Haus gebr. 4 02 Mk.

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Seglerstr. 11. Telegr.-Adr.: Thorner Zeitung. = Fernsprecher Nr. 46. Verantwortlicher Schriftleiter: Oskar Schmid in Thorn. Für Anzeigen verantwortlich Martha Wendel in Thorn. Druck und Verlag der Buchdruckerei der Thorner Ostd Zeitung, G. m. b. H. Thorn.

Anzeigenpreis: Die sechsgespaltene Kleinzeile oder deren Raum 25 Pf., für Stellengesuche u. -Angeb., An- u. Verkäufe, Wohnungsanzeigen 20 Pf., für Anzeigen mit Platzvorschrift 40 Pf. Reklamen die Kleinzeile 50 Pf. Anzeigen-Annahme für die abends erscheinende Nummer bis 10 Uhr vorm.

Nr. 3 — Sonnabend, 4. Januar — 1919

Weiteres Vorgehen der Polen.

Hohensalza, 2. Januar. (Drahtnachricht). Vertreter aus den Städten Posen, Bromberg, Hohensalza und Gnesen haben sich dahin verständigt, daß alle Feindseligkeiten sofort einzustellen sind. Weitere Vereinbarungen sind abzuwarten. Verstärkungen des Grenzschutzes bezw. Heimatschutzes werden, solange der Waffenstillstand dauert, nicht herangeführt. Der gesamte Personen-, Güter- und Militärverkehr erfolgt wie gewöhnlich. Eine Durchsuchung der Güter sowie jeder Eingriff in den Betrieb haben unbedingt zu unterbleiben.

Hohensalza, 2. Januar. (Drahtnachricht). Die in Hohensalza getroffenen Vereinbarungen sind von den Polen nicht gehalten worden. Sofort nach Schluß der Verhandlungen, als die Vertreter die Züge bestiegen hatten, sind Unruhen in Hohensalza ausgebrochen. Post, Magistrat und Polizei sind durch Polen besetzt, sind aber von den deutschen Truppen wieder freigemacht worden. In Strelno wird gekämpft. Kruschwitz ist durch die Polen erobert und besetzt.

Ein angeblich Mitschuldiger an den Posener Ausschreitungen erschossen.

Posen, 2. Januar. Nach einer Meldung der Presseabteilung des obersten polnischen Volksrats wurde der vom Soldatenrat beauftragte Leiter des Sicherheitsdienstes im Posener Polizei-Präsidium Blankertz heute früh als einer von den an den Ausschreitungen in Posen Mitschuldigen im Polizeipräsidium verhaftet. Auf dem Wege nach Fort Grolmann floh Blankertz und wurde, da er trotz dreimaligem Anruf nicht stehen blieb, von einem ihn begleitenden Soldaten des Sicherheitsdienstes erschossen.

Standrecht in Schneidemühl.

Schneidemühl, 3. Januar. (Drahtnachricht). Seit heute ist über die Stadt das Standrecht verhängt worden. Der Garnisonälteste und der A.- und S.-Rat rufen zur Bildung einer Bürgerwehr auf.

Das Schicksal der deutschen Truppen im Osten.

Berlin, 2. Januar. Die deutsche Waffenstillstandskommission teilt u. a. mit: Anläßlich der unerhörten Vergewaltigungen, der die deutschen Truppen im Osten unterworfen werden sollen, hat nach übereinstimmenden Kundgebungen der Reichsregierung und der Waffenstillstandskommission nunmehr auch die deutsche Oberste Heeresleitung in Spaa ausdrücklich erklären lassen:

Artikel 12 und 13 des Waffenstillstandsvertrages forderten ursprünglich sofortige Zurückziehung der deutschen Truppen im Osten. Auf die deutsche Anregung, die ebenso im deutschen Interesse wie in dem der Allgemeinheit erfolgte wurde der Wortlaut geändert. Deutschland hatte damit nicht die Verpflichtung übernommen, im Osten für Ordnung zu sorgen, sondern lediglich die Berechtigung erhalten, erst allmählich für den Abtransport zu sorgen. Die von Deutschland freiwillig übernommene Aufgabe, im Osten für Ordnung zu sorgen, wurde erfüllt, solange es möglich war. Die Alliierten wurden von dem Rückmarsch durch schriftliche Erklärung vom 3. 12. 18 und mündliche Erklärung vom 23. 12. 18 unterrichtet.

Die Alliierten durften nicht, wenn sie wirklich Wert darauf legten, die Grenzen des Ostens durch die Deutschen zu schützen, diese verhindern, ihre Aufgabe durchzuführen. Dies ist aber tatsächlich der Fall gewesen. Die Alliierten erklären sich jetzt zwar solidarisch mit der polnischen Regierung. Sie haben aber zum Beispiel nicht zu verhindern versucht, daß die Polen die Eisenbahn nach Deutschland abschnitten und damit die Lebensmöglichkeiten der deutschen Truppen unterbanden. Aber wenn die Deutschen in der Ukraine kämpfen sollten, so müßten sie Waffen und Munition haben. Man dürfe ihnen nicht, wie es zum Beispiel in Odessa geschehen ist, wegnehmen.

Nachdrücklich wird ferner darauf hingewiesen, daß durch die von den Alliierten anscheinend beabsichtigte unwürdige Behandlung der deutschen Truppen die Gefahr des Bolschewismus für die östlichen Länder außerordentlich gesteigert worden ist, nicht zum wenigsten für die Polen, bei denen bolschewistische Ideen weit verbreitet sind.

Die Deutsche Oberste Heeresleitung erwartet daher, daß in Anerkennung der vorgebrachten Gründe eine würdige Lösung für die Rückkehr der deutschen Truppen aus dem Osten gefunden wird.

Wilson und seine Bundesgenossen.

In einer Festsitzung der Handelskammer in Manchester hat Präsident Wilson am 30. Dezember eine Rede gehalten, deren Gedankengänge die internationalen Verhandlungen über den Frieden sicher furchtbar beeinflussen werden und müssen. Die Handelskammer zu Manchester ist nicht eine der üblichen Vereinigungen, sondern gewissermaßen der Zentralrat der politisch und wirtschaftlich einflußreichsten Schicht in der industriellen Hochburg Alt-Englands. Wenn sich Wilson eine solche Zuhörerschaft aussuchte, so bekundete er damit schon die Absicht, nicht nur eine Gelegenheitsrede zu halten, sondern durch eine politische Tat die noch immer von nationalistischen und imperialistischen Nebeln geschwängerte Luftschicht zu reinigen. Was der Präsident sagte, gewinnt Bedeutung durch die Beschlüsse des englischen Kriegskabinetts und die Rede, die Clemenceau am 30. Dezember zur Verteidigung seiner Politik in der französischen Kammer hielt. Die alte und neue Diplomatie hat ihre besondere Sprache. Clemenceau hat die Kunst nie verstanden, mit Worten nichts zu sagen. Allein wenn er den leidenschaftlich, erregten Abgeordneten auseinandersetzt, wenn die Verbündeten nicht zur Einigung kämen, so würde der Sieg nur ein kurzer sein, so offenbart das im Zusammenhang mit Wilsons Warnung vor dem Versuch, die Erde durch eine neue Machtverteilung im Gleichgewicht zu halten, einen tiefen Gegensatz. Die Einigung unter den Verbündeten muß also trotz aller offiziellen Beteuerungen noch nicht weit her sein. Allerdings tönt es aus Clemenceaus Rede wie gedämpfter Trommelklang. Er phantasiert von Ansprüchen, die er durchfechten, sowie von anderen, die er in höherem Interesse opfern müsse. Die Sprache wird hier als ein Schleier benutzt, der die imperialistischen Ziele der Friedensverhandlungen verhüllen soll. Der alte Tiger ist der Träger einer Politik, die aufs Ganze geht, die Deutschland für Jahrhunderte zur Ohnmacht und Entnervung verurteilen will. Clemenceau ist zu alt, zu sehr in den krankhaften Irrgängen seines haß- und racherfüllten Geistes befangen, um die Gefahr seiner bösartigen Pläne für Frankreich und Europa zu erkennen. Er ist sicher, daß Wilson der Politik Clemenceaus gewisse Grenzen gezogen hat. Allein auf der anderen Seite gibt der Tiger das Spiel nicht verloren. Er hat seinen Pichon vorgeschickt, um durch diesen die großpolnischen Pläne gewissermaßen offiziell und im Namen der Verbündeten anerkennen zu lassen. Da ergibt sich also immer noch die Möglichkeit einer entscheidenden Schwächung Deutschlands auch im Osten.

Wilson hat die europäischen Machtfragen und Machtverhältnisse aus eigener Anschauung kennen lernen wollen. Wir haben durch Reuter erfahren, daß der Präsident mit Lloyd George und Balfour wiederholt Besprechungen abhielt. Also mit jenen Männern, die im Kriegskabinett die maßlosen imperialistischen Forderungen durchsetzten, wie den Raub der deutschen Kolonien und die Verklavung der deutschen Wirtschaft. Zwar hat Reuter auch versichert, daß zwischen den Staatsmännern von beiden Seiten des Atlantischen Ozeans eine wundervolle Harmonie erzielt worden sei. Aber wie eine schmerzliche Enttäuschung klingt es aus Wilsons Rede: „Wenn die Zukunft uns nichts anderes brächte als einen neuen Versuch, die Erde durch Machtverteilung im Gleichgewicht zu halten, so würden die Vereinigten Staaten daran kein Interesse nehmen, denn sie wollen keiner Machtkombination beitreten, die nicht eine Vereinigung aller ist." Diese Vereinigung aller Staaten ist es gerade, der die Imperialisten in Paris und London widerstreben. Sie wollen den Vielverband zu einer wechselseitigen Versicherungsgesellschaft der Beute ausgestalten, um gegen die unausbleibliche Vergeltung der Geschichte sich zu schützen. Wilson lehnt das ab: er sieht über die nationalen Gegensätze hinweg, um den Ruf nach Menschlichkeit zu erheben. Der kommende Friede soll nicht Aufträge politischer Parteien erledigen, sondern die der Menschheit. Parteien sind hier auch die neu auferstandenen nationalistischen Länderfresser, die unbekümmert um die Elemente des dauernden Friedens die Raffgier der Westmächte noch übertreffen. Wilson sucht eine allgemein verständliche Nutzanwendung seiner Grundsätze dadurch herbeizuführen, daß er im kaufmännischen Zentrum Englands auf den Handel als dem großen Freundschaftsbringer der Erde hinweist. Und er setzt Frankreich und Italien ausdrücklich darauf an, in den großen Bund einzutreten, um sie aufzufordern, sich als Freunde der Menschheit und des Triumphes des Rechts zu erklären. Das hat gute Gründe, denn Wilson kennt den bösartigen Hader der Südslawen und Italiener, weshalb er sie zeitig warnt, daß nicht alle Abmachungen des Friedens den Beteiligten gefallen würden. Fragt sich schließlich nur, ob Wilson nach den politische Macht und den persönlichen Einfluß besitzt, seine neuerdings entwickelten Grundsätze zu den wirksamen und lebendigen Gestalten des Friedens zu machen.

Clemenceau über Wilsons Grundsätze.

Paris, 2. Januar. Clemenceau sagte in einer Rede: Unser ungeheurer Sieg darf nicht um seine moralische Wirkung zum Wohle der Menschheit gebracht werden. Auf die Wilsonschen Grundsätze zurückkommend, erklärte Clemenceau, daß sie nicht immer mit den seinen übereinstimmen. Wilson sehe nicht wie einer, dessen Land 4 Jahre verwüstet worden sei. Alte Ungerechtigkeiten müßten wieder gut gemacht werden, aber ich zweifle, sagte Clemenceau, ob wir alles gut machen können, denn wir wie auch Sie — auf die Sozialisten zeigend — sind nur Menschen. Die Rede wurde mit brausendem Beifall aufgenommen, nur die linksradikalen und sozialistischen Deputierten hüllten sich in eisiges Schweigen. Nach der Rede Clemenceaus, die um Mitternacht endigte, ging die Sitzung bis zum nächsten Morgen weiter.

Posen völlig in polnischer Hand.

Berlin, 1. Januar. Der nach Posen entsandte Vertreter der Regierung, Minister Eugen Ernst, und der Bevollmächtigte des Kriegsministeriums, Paul Göhre, sind in der Nacht zum Mittwoch nach Berlin zurückgekehrt. Ueber seine Erlebnisse und Eindrücke, die er in Posen empfing, gibt Minister Ernst der „Telegraphen-Union" folgende Schilderung, die nicht nur zeigt, wie vollkommen die bisher in sich selbst zwiespältige Regierung in der Frage des Schutzes der Ostmarken versagt hat, sondern auch, wie wenig das bedrohte Deutschtum im Osten künftighin von Berlin zu erwarten hat:

Unmittelbar nach unserer Ankunft in Posen begaben wir uns zunächst zu dem Oberpräsidenten von Eisenhardt-Rothe, mit dem wir uns eingehend über die augenblickliche schwierige Lage in der Stadt und in der Provinz Posen berieten. Als wir nach der ausgedehnten Aussprache das Präsidialgebäude verlassen wollten, erklärte uns die polnische Wache, die, mit Gewehren bewaffnet, ungefähr 30 Mann stark war, daß wir das Gebäude nicht ohne besondere Erlaubnis des Abgeordneten Trampczynski verlassen dürften. Unsere Einwendungen gegen diese Gewalt blieben erfolglos. Wir wurden im Hofe des Gebäudes festgehalten, trotzdem wir uns ausreichend als Vertreter der preußischen Regierung legitimierten und auch nicht unterließen, auf die möglichen Konsequenzen eines solchen Gewaltaktes hinzuweisen. Ungefähr nach einer Stunde erschien Trampczynski selbst und erteilte der Wache den Befehl, uns freizugeben. Er entschuldigte sich, daß er von dem Vorgehen der Wache angeblich keine Kenntnis gehabt habe und daß er das Vorgehen der Wachposten durchaus mißbillige.

Ueber die allgemeine Lage in Posen selbst äußerte sich Ernst, daß man sich in Deutschland darüber unbedingt klar sein müsse, daß sich die Machtverhältnisse in der Provinz Posen in den letzten Tagen zugunsten der Polen von Grund aus verschoben hätten. Vor 14 Tagen vielleicht, so erklärte er, wäre es unter Umständen noch möglich gewesen, mit militärischer Gewalt die Situation für die Berliner Regierung zu retten und ihre Vormachtstellung in Posen aufrecht zu erhalten. Heute sei es zu einem solchen Versuche zu spät. Selbst wenn eine ganze Division Truppen nach Posen gsandt würde, was der Berliner Regierung kaum möglich sei, würde sich die Lage nicht mehr verändern lassen. Es sei ein Unsinn, auch nur zu glauben, daß man heute noch mit Gewalt etwas ausrichten könnte. Bei dem Fanatismus der Polen würde dadurch lediglich ein Bruderkrieg entfesselt werden, dessen furchtbare Wirkungen gar nicht abzusehen sind.

Die Verhandlungen mit den Polen seien in der Hauptsache deshalb so unendlich erschwert, weil das Mißtrauen zwischen Deutschen und Polen jedes Maß übersteige. Jedenfalls könne heute kein Zweifel darüber bestehen, daß Posen und der östliche Teil der Provinz Posen sich völlig in den Händen der Polen befinden. In der Stadt Posen hätte der polnische Stadtkommandant alle Macht uneingeschränkt in der Hand.

Unter diesen Umständen muß man, so bemerkt Ernst weiter, in Deutschland vor allen Dingen von dem Gedanken ausgehen, eine Verständigung mit den Polen auf gütlichem Wege zu erreichen. Die Polen hätten ihm gegenüber ausgesprochen, daß sie zwar die feste Absicht haben, die Provinz Posen von Deutschland abzutrennen und mit Russisch- und Oesterreichisch-Polen zu vereinigen, um den großpolnischen Staat wieder ins Leben zu rufen, die deutsche Regierung aber solle dabei keineswegs von vollendete Tatsachen gestellt werden, die polnische Regierung würde vielmehr mit ihrem Vorgehen die Entscheidung der Friedenskonferenz abwarten.

Die Polen in Posen verkünden Wahlenthaltung für die Nationalversammlung.

Posen, 2. Januar. Das polnische Provinzialwahlkomitee proklamiert Wahlenthaltung für die bevorstehenden Wahlen zur deutschen Nationalversammlung.

„Kein Zoll deutschen Bodens . . ."

Graudenz, 2. Januar. Die Waffenstillstandskommission sandte auf ein Telegramm der deutschnationalen Volkspartei in Graudenz, das schärfsten Einspruch gegen die großpolnischen Bestrebungen erhob, folgende Antwort: „Kein Zoll deutschen Bodens soll polnischen Eroberungsgelüsten zum Opfer fallen." — Hoffentlich gelingt es, dieses Wort in die Tat umzusetzen.

Barth als Märchenerzähler.

Berlin, 2. Januar. Der frühere Volksbeauftragte Barth hat nach Zeitungsberichten in einer Versammlungsrede gesagt, während seiner Zugehörigkeit zur Regierung habe er eine Kriegserklärung an die russische Räterepublik verhindert. Wie Herr Barth zu dieser Aeußerung kommt, ist völlig unerklärlich, denn eine solche Kriegserklärung ist weder je beabsichtigt gewesen noch erörtert worden.

Amerika plant die größte Flotte der Welt.

Washington, 31. Dezember. (Reuter.) Daniels erklärte in der Marinekommission, wenn die Versailler Konferenz zu keiner allgemeinen Uebereinstimmung führe, so müßten die Vereinigten Staaten ihre Energie zur Schaffung der weitaus größten Flotte der Welt anspannen.

Stadttheater.

Des Meeres und der Liebe Wellen. Trauerspiel in fünf Aufzügen von Franz Grillparzer. — Es war ein schöner Abend für alle, die immer noch an der unmodernen Gewohnheit festhalten, um der Kunst willen ins Theater zu gehen. Sie fanden, was sie suchten, wenn auch am vollendeten Ebenmaß klassischer Schönheit einiges fehlte. Worauf es vor allem ankommt: Der reine Gleichklang der beiden liebenden Seelen war in der Darstellung, die Fräulein Prüfer und Herr Blank als Hero und Leander boten, ungetrübt. Namentlich die ihrem Weibtum erliegende Priesterin hatte etwas von der überwältigenden Schlichtheit der Antike. Den Uebergang vom Erhabenen zum unverhüllt Menschlichen schuf Fräulein Friedmann als Janthe. Der Oberpriester des Herrn Kleyersburg erschien zu blutarm, der Naukleros des Herrn Friedrichs zu wenig auf das Gesamtbild abgetönt. Herr Marschall tat als Tempelhüter seine Pflicht. Daß sich die große Mehrheit des vollbesetzten Hauses, durch das Fallen des Hauptvorhanges irregeführt, zweimal vorzeitig zum Aufbruch rüstete, zeigte, wie viele das Stück noch nicht kannten. Der Theaterleitung braucht also um Neuheiten nicht bange zu sein. Die Zuschauer bekundeten nachdrücklich ihre Zufriedenheit.

—b.

Aus Stadt und Land

Thorn, 3. Januar.

— **Vom Gouvernement Thorn.** Wie wir hören, hat Herr Oberstleutnant Starck, der seit August 1916 als Chef des Stabes des Gouvernements Thorn tätig war, krankheitshalber die Aufhebung seiner Mobilmachungsbestimmung beantragt. Da ihm sein Zustand die Ausübung des Dienstes gegenwärtig unmöglich macht, vertritt ihn Herr Major Clemens. Herr Oberst-

leutnant Starck ist im Jahre 1891 als Fahnenjunker ins Heer eingetreten, wurde 1892 zum Leutnant befördert, 1899 bis 1902 war er zur Kriegsakademie, 1903 wurde er zum Großen Generalstab kommandiert. 1904 bis 1907 machte er als Adjutant und Generalstabsoffizier im Hauptquartier der Schutztruppe den Feldzug in Südwestafrika mit. 1907 bis 1909 war er wiederum im Großen Generalstab tätig, 1909 bis 1910 als Kompaniechef im Inf.-Regt. 56, 1911 bis 1913 als Generalstabsoffizier der 31. Division in Straßburg i. E. und beim neu gebildeten 21. Armeekorps in Saarbrücken. 1913 kehrte er wieder in den Großen Generalstab zurück. Im Kriege kam er dann zur 7. Armee, wo er bei den Zeppelinluftschiffen tätig war, wurde dann der Reihe nach 1. Generalstabsoffizier beim Gouvernement Metz, Chef des Generalstabes in Modlin (Nowo Georgiewsk) und beim Gouvernement Kowno. Infolge Verschlimmerung eines in Afrika entstandenen Leidens wurde Herr Oberstleutnant Starck im August 1916 zu den Offizieren von der Armee versetzt und als Chef des Stabes ins Gouvernement Thorn berufen. In seine Dienstzeit fiel bekanntlich die revolutionäre Umwälzung in Thorn, die ihm die schwierige Aufgabe auferlegte, unter den neuen Verhältnissen an der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung mitzuwirken. Daß hier nutzloses Blutvergießen vermieden wurde, ist zweifellos auf seinen Einfluß zurückzuführen.

— **Weihnachtsfeier des „Wandervogels".** In sinniger Weise beging der Wandervogel in seinem Heim im Bromberger Tor am Sonntag nachmittag sein diesjähriges Weihnachtsfest. Herrlich prangte das Nest im frischen Tannengrün; auch der Weihnachtsbaum fehlte nicht und trug sogar richtige Kerzen. Auf weiß gedeckten Tischen standen mehr als dreißig Tassen, die auf hohe Schlemmergenüsse schließen ließen. Pünktlich um vier Uhr hatten sich die Wandervögel eingestellt, auch die lieben Feldgrauen waren erschienen. Gegen einhalb fünf Uhr begann die schöne Feier mit einem stimmungsvollen Bilde. Nachdem der „herrliche" Vorhang aus Zeltbahnen beiseite geschoben war, erblickte man in dem improvisierten Bühnenraum einen Soldaten mit Sturmhaube auf einem Strohlager. Der Traumgott zaubert unserm Soldaten das festlich geschmückte Thorner Wandervogelheim vor, in dem heute die Weihnachtsfeier stattfinden soll. Ein unwiderstehlicher Drang erfaßt den Feldgrauen zu den Thorner Wandervögeln. Da erscheint der Weihnachtsmann und erfüllt des jungen Soldaten Herzenswunsch. Da man wegen der mißlichen Verkehrsverhältnisse nicht mit der Bahn nach Thorn eilen kann, nimmt ihn der Weihnachtsmann unter seinen kräftigen Arm, und auf Windesflügeln geht es gen Thorn, wo Nikolaus ihn gegen 5 Uhr im Heim absetzt. Im Anschluß an dieses Bild hielt der Ortsgruppenleiter, Herr Oberlehrer Schroeder, die Begrüßungsansprache, in der er namentlich den feldgrauen Wandervögeln ein herzliches Willkommen zurief und dann von dem schönsten der Feste, dem Weihnachtsfeste, sprach. Nun folgte ein von den Wanderschwestern selbst gedichtetes und in Töne gesetztes Gesangstück. Maria in Weiß beginnt: „Wer wird mir helfen, das Kindlein wiegen?" worauf Sankt Josef singt: „Ich werde dir helfen, das Kindlein wiegen" usw. Dann kam die Schlemmerkaffeestunde. Thorner Honigkuchen in Masse und Selbstgebackenes gab es. Während alle bei der schönsten Arbeit waren, erschien plötzlich der Weihnachtsmann wieder mit einem großen Sack voll Geschenken. Für den Ortsgruppenleiter brachte er in einer mächtigen Kiste eine Wandervogelschreibmaschine (Tintenfaß mit Federhalter). Jeden hatte Onkel Stüwe bedacht, und oftmals erscholl ein herzhaftes Lachen durch den Raum, als dieser oder jener sein Geschenk auspackte. Der streitbare Hecker bekam einen Schild. Das Schlußstück bildete „Der fahrende Schüler" von Hans Sachs. Lauten- und Geigenmusik verschönten den herrlichen Abend, und Weihnachts- und Wandervogellieder durchbrausten immer wieder den Raum. Gegen 9 Uhr schieden alle nach der schönen wie erhebenden Feier, zu derem herrlichen Gelingen die Geschwister Westphal und Weihnachtsmann Stüwe viel beigetragen haben.

— **Die Deutsche demokratische Partei** hatte gestern abend nach dem Tivoli eine öffentliche Frauenversammlung einberufen. Dem gewaltigen Ansturm von Teilnehmerinnen und Teilnehmern zeigte sich der Saal des Tivoli bei weitem nicht gewachsen. Die Ueberfülle von Menschen legte mehr denn je das offenkundige Zeugnis ab, in welch hohem Maße die Ziele der Deutschen demokratischen Partei in allen Kreisen und Ständen der Bürgerschaft anerkannt und gefördert zu werden versprechen. Die Verhandlungsleiterin, Fräulein Clara Wendel, eröffnete die Versammlung mit einer kurzen Begrüßungsansprache, um danach Fräulein Stachowitz zu ihrem Vortrage „Die Stellung der Frau im öffentlichen Leben" das Wort zu erteilen. Ihren klaren, scharf umrissenen Ausführungen entnehmen wir u. a. folgendes: Mit der Verleihung des Wahlrechts an die Frauen ist uns eine ungeheure Verantwortung auferlegt worden. Wir deutsche Frauen stehen heute in einem Abschnitt der Entwicklungsgeschichte unseres Frauenlebens, sind wir doch im Begriff, einen Schritt zu tun, in ein uns unbekanntes Gebiet. Es wird nicht anzunehmen sein, daß die Frauen mit diesem Schritt gleich Sapho, Medea, Hero in Grillparzers Dramen, die ihre ureigenste Sphäre ebenfalls verließen und sich in wesenstrennende Gebiete begaben, um dort ein tragisches Ende zu finden, auch Untergang und Verderben erfahren werden. Es gilt vor allem, sich dem Neuen, an das wir noch nicht gewöhnt sind, anzupassen, wozu als erstes unbedingt erforderlich ist, daß wir die Scheu vor der Oeffentlichkeit ablegen und mit Selbstbewußtsein und Mut an die neue Aufgabe herantreten. Alles Persönliche abwerfend, müssen wir nur die Sache selbst in den Vordergrund stellen und bestrebt sein, unseren kritischen Sinn etwas hervorzuheben. Der Hauptpfeiler für das öffentliche Wesen im Staate sei das politische und soziale Gerechtigkeitsgefühl, das in der Frau ebenso stark wie im Mann vertreten ist. Unter Wahrung unserer persönlichen Eigentümlichkeit und unter Beibehaltung unserer früheren Ideale wollen wir an den großen Zielen mitarbeiten. Der Mann ist auf dem Gebiet der Politik zu Hause. Wir beabsichtigen, nicht allein und nicht für bestimmte Rechte zu kämpfen, sondern wir wollen in Gemeinsamkeit mit dem Mann diese Rechte vertreten und durchführen. Wir wollen nicht kämpfen lediglich für Frauenrechte, wie vielfach gesagt wird, sondern in Gemeinsamkeit mit dem Mann für Menschenwürde und Menschenrecht. Da müssen wir allerdings von dem Mann verlangen, daß er uns entgegenkommt. Nicht auf die Logik, wohl aber auf gesunden Menschenverstand kommt es an. Der Mann darf sein Ohr unseren gerechten Wünschen nicht verschließen, dann wird auch dieses Zusammenarbeiten von Mann und Frau von Segen sein für unser deutsches Volk. (Lebhafter Beifall.) Die Vorsitzende, Fräulein Clara Wendel, bemerkte noch es solle nicht etwa ein neuer Typ, ein Angriffstyp, geschaffen werden, sondern es solle eine Bereicherung der Interessenssphäre der Frau eintreten. Was ihr hoch und heilig war, solle auch hoch und heilig bleiben. Tief im germanischen Volk wurzele die Religion, daher habe man in dieser ersten Frauenversammlung Stellung genommen zur Frage der Trennung von Kirche und Staat, über die Herr Pfarrer Lic. Freitag einen Vortrag halten werde. Hierzu führte Herr Pfarrer Lic. Freitag etwa aus: Es ist etwas Neues, daß in politischen Versammlungen die Kirche stark in den Vordergrund tritt. Der Wahlaufruf der Deutschen demokratischen Partei sagt: Wir verlangen die Freiheit des Gewissens und der Religionsübung; eine Trennung von Kirche und Staat ist nur denkbar unter voller Wahrung der Würde und der finanziellen Selbständigkeit der Kirche. Der Vorstand der Deutschen demokratischen Partei in Danzig hat zu dieser Frage in einer besonderen Kundgebung, die von der „Thorner Zeitung" in ihrem Hauptwortlaut wiedergegeben wurde, Stellung genommen. Diese Sätze enthalten alles, was man vom kirchlichen Standpunkte aus in dieser Frage wird fordern können. Die Gründe, die zur Aufstellung dieser Grundsätze führten, liegen im Verfassungsfragen, in Fragen des Religionsunterrichts und in finanziellen Fragen. Die Deutsche demokratische Partei ist nicht, wie vielfach behauptet wird, für eine Trennung von Kirche und Staat, sondern sie nimmt hierzu nur Stellung für den Fall, daß sie von anderer Seite in Fluß gebracht werden könnte. Unsere Kirche ist eine Volkskirche, d. h. sie ist so in unser Volk hineingestellt, daß sie als gemeinsame christliche Kirche das ganze Volk, Evangelische und Katholische, umfaßt. Wenn nun eine Trennung der Kirche vom Staat stattfinden soll, so braucht sich diese nicht auf den Charakter der Kirche als Volkskirche zu beziehen. Es gibt verschiedene Wege, auf denen sie vor sich gehen kann. In Frankreich erfolgte vor 13 Jahren die Trennung von Kirche und Staat auf feindlichem Wege; es wurde ihr zur Pflicht gemacht, sich aufzubauen in Form von Kultvereinen. Die Kirche zerfiel in Vereine, und man nahm ihr das Kirchengut. Damit hatte man ihr ihre innere Macht genommen. Anders ging die Trennung von Kirche und Staat in Amerika vor sich. Dort gibt es keine Verbindung von Staat und Kirche, und doch hat dort die Kirche einen Einfluß auf das Staatsleben. Der Staat erkennt jede Kirche als eine Korporation an, die das Recht hat, Besitz zu erwerben und ihn selbständig zu verwalten. Wir wollen entschieden dagegen Protest erheben, daß man unsere Kirche zerschlägt und sie verschandelt zu Kulturvereinen. Das würde für unsere Kirche bedeuten, daß sie nicht das Recht hat, auf die ganze Christenheit einwirken zu können, daß sie nicht das Recht hat, der Kindesseele nachzugehen, sondern daß sie warten soll, bis jemand als Vereinsmitglied ihr beitritt. Wenn der Staat nicht länger mehr mit der Kirche verbunden bleiben will, dann muß er der Kirche die Freiheit geben, sich selbst aufzubauen nach den ihr inne wohnenden Grundsätzen. Betrachtet man die finanzielle Seite, was übrigens nicht so äußerliche Dinge sind, wie es scheint, so wird auch da die Trennung von Kirche und Staat von großem Einfluß sein. Der Staat hat bisher die Kirche in ihren Aufgaben dadurch unterstützt, daß er ihr die Mittel gab, die sich in den letzten Jahren auf 27 bis 30 Millionen Mark jährlich beliefen. Das ist gewiß eine außerordentlich hoch erscheinende Summe, aber immerhin bedeutet sie in den 892 Millionen Mk. des Staatshaushaltes nur 3 Prozent. Der Abbruch der finanziellen Beziehungen zwischen Staat und Kirche würde unmöglich sein, denn ein ganz bedeutender Anteil dieser Zahlungen des Staates an die Kirche beruht auf privatrechtlichen Pflichten, die gar nichts mit dem inneren Verhältnis von Kirche und Staat zu tun haben und die der Staat eben zahlen muß, weil er gewisse rechtliche Beziehungen mit der Kirche angeknüpft hat, die nicht im Zusammenhang mit den eigentlichen Aufgaben der Kirche stehen. Eine zweite Gruppe von solchen finanziellen Zufällen beruht auf anderen Beziehungen, die wir nicht im einzelnen so verfolgen können. Es gibt auch moralische Verpflichtungen. Wenn wirklich aber eine Trennung von Kirche und Staat das bisherige Verhältnis lösen solle, dann fordern wir, daß man der Kirche auch weiterhin die Mittel gewähre, die sie zur Durchführung ihrer hohen Aufgaben gebraucht. Diese Forderung stößt bei vielen auf Widerspruch, denn sie empfinden es als ein Unrecht, Kirchensteuern zu zahlen, wenn sie aus der Landeskirche ausgetreten sind. Eine solche Heranziehung zur weiteren Zahlung der Kirchensteuer ist aber bei näherer Prüfung durchaus nicht ungerechtfertigt. Der Staat ist heute doch ganz etwas anderes als eine Vereinigung, die heute ihre Steuern nimmt und sie morgen gleichmäßig verteilt. Diejenigen, welche nicht das Bedürfnis haben, der Religion teilhaftig zu werden, sind glücklicherweise in der Minderzahl, und diese konnen es keinesfalls als ihr Recht beanspruchen, daß die große Mehrheit des deutschen Volkes sich nach ihnen richtet. Wenn man dieser Minderheit wegen die staatlichen Mittel verweigern wollte, so käme das vergleichsweise dem Verlangen der unmusikalischen Menschen auf Schließung sämtlicher Hochschulen für Musik gleich, die ebenfalls staatliche Zuschüsse erhalten. Aehnlich liegt es bei den Fragen der Kunst, dann dürften — nach der Meinung derjenigen, die nach ihrem Austritt aus der Kirche glauben, nicht mehr zur Beitragsleistung für kirchliche Zwecke verpflichtet zu sein — auch für alle diese Institute, staatliche Mittel nicht mehr hergegeben werden. Die Kirche hat von jeher Aufgaben vollbracht, an deren Erfüllung auch dem Staate gelegen sein muß. Denken Sie an das große Netz der Liebestätigkeit, das die christliche Kirche über das ganze Staatswesen ausgespannt hat. Der Staat darf nicht eine Korporation im Stiche lassen, die eine solche Last von Fürsorge ihm abgenommen, ihm so manchen Liebesdienst erwiesen hat. Unerläßlich ist es, daß der Schule der Religionsunterricht bleibt, denn ohne ihn

verlören die Kinder jeden sittlichen Halt. Der Religionsunterricht kann niemals durch bloßen Moralunterricht ersetzt werden. Sollte es anders denkenden Parteien wider Erwarten gelingen, die Trennung von Kirche und Staat durchzuführen, so darf diese nur erfolgen unter Wahrung aller kirchlichen Rechte, die ihr das Weiterbestehen gewährleisten. Sie muß unbedingt im Besitz all dessen bleiben, was sie an Privateigentum besitzt, da sie nur so in den Stand gesetzt ist, ihre Pflichten auf religiösem Gebiet zu erfüllen wie bisher. Aber vor allen Dingen: Nicht Kirche, nicht Staat ist es, um die es sich handelt, sondern es ist unser deutsches Volk, dem nicht die Möglichkeit genommen werden darf, sich religiös zu betätigen. (Lebh. Beif.) Frl. Clara Wendel: Ob es zur Trennung von Kirche und Staat kommt, wird davon abhängen, ob die bürgerlichen Parteien die Mehrheit haben werden. Sollte eine Trennung unvermeidlich sein, so darf sie nur erfolgen unter Wahrung der Würde und der finanziellen Selbständigkeit der Kirche. Stets werden wir mit aller Kraft dafür eintreten, daß die Kirche ihren Charakter als Volkskirche behält und den Kindern der Religionsunterricht verbleibt zur Wahrung der Sittlichkeit unseres Volkes. In der nachfolgenden Aussprache drückt Herr Besitzer Hackbarth-Gramtschen sein Mißfallen darüber aus, daß die Kirche zu Agitationszwecken benutzt wird. Es werde der Deutschen demokratischen Partei so oft vorgeworfen, daß sie nicht sofort richtig und sachlich zur Frage der Trennung von Staat und Kirche Stellung genommen habe. Nach der Revolution sei die Deutsche demokratische Partei als erste mit der Bildung einer bürgerlichen Partei auf dem Plan erschienen. Wohl habe sie vom ersten Tage an ihr Augenmerk auf die Frage der Trennung von Staat und Kirche gerichtet, sie habe aber die Kirche für viel zu heilig gehalten, um sie hineinzuziehen in das politische Gezänke. (Lebhaftes Bravo.) Daher müsse Redner den Vorwurf ob dieser Unterlassungssünde ganz energisch zurückweisen. Ferner sei es für eine Partei, die sich 8 oder 10 Tage nach dem Zusammenschluß der Deutschen demokratischen Partei gebildet habe, ein Leichtes gewesen, aus den Richtlinien jener ein Programm zu formulieren, das vollkommener erscheine als das der Deutsch-demokratischen Partei. Wenn der Vorwurf, daß die Deutsch-demokratische Partei nicht stark genug die Zusammengehörigkeit von Staat und Kirche betone, von anderen Parteien erhoben werde, so geschehe das nur zu Agitationszwecken, deren Opfer gerade die Landbevölkerung sein solle. (Starker Beifall.) Selbst unter den Mehrheitssozialisten, gebe es schon zahlreiche Anhänger, die sich gegen eine Trennung von Kirche und Staat ausgesprochen haben. Sodann widerlegt Redner mehrere Anwürfe der Thorner „Presse", die diese gegen ihn persönlich erhoben, um zum Schluß seiner stets von reichem Beifall begleiteten Ausführungen an die Anwesenden die Bitte zu richten, in die Reihen der Deutsch-demokratischen Partei einzutreten. Herr Justizrat Aronsohn drückt in längerer Rede u. a. seine Freude darüber aus, daß die Ausführungen des Herrn Pfarrer Lic. Freitag mit den von der Deutschen demokratischen Partei aufgestellten Richtlinien übereinstimmen. Im Gegensatz zur Deutsch-nationalen Partei stehe die Deutsch-demokratische Partei auf dem Boden der Republik. Vielen Angehörigen dieser Partei sei dieser Schritt nicht leicht geworden. Doch habe der Gang der Geschichte jeden Denkenden vor die Frage gestellt: König oder Volk, Dynastie oder Reich? Es war ein Gebot der Stunde, sich auf einen Standpunkt zu stellen, der die Entwicklung im Innern ermöglichte. Nach dieser Richtung hin sind der Deutsch-demokratischen Partei ungerechtfertigte Vorwürfe gemacht worden. Sie hat keineswegs die Revolution verherrlicht, sondern sie sieht in ihr ein tiefes Unglück für unser Vaterland. Wir dürfen aber nicht vergessen, daß wir sie durch das Fehlen jeder Staatsweisheit heraufbeschworen haben, indem dem deutschen Volke eine Kraftprobe zugemutet wurde, die es nicht bestehen konnte, indem die Machthaber Hunger und Elend auf viele Jahre uns aufgebürdet haben, ohne die Möglichkeit eines militärischen Sieges über unsere Feinde vorauszusehen. (Lebhaftes Bravo.) Sie haben die unheilvolle Gruppierung feindlicher Mächte nicht zu verhindern vermocht. Wenn wir Staatsmänner mit besserer Eignung nicht gehabt haben, so gebe ich dem System die Schuld. Die Machthaber haben durch ihre Unfähigkeit und durch ihren Mangel an Psychologie des Volkes das Unheil heraufbeschworen. (Reicher Beifall.) Als dieses Unheil aber hereingebrochen war, hat die Revolution es vollendet. Daß zu ihrer Auslösung verderbliche Kräfte schon früher wirksam tätig gewesen sind, mag sein, aber nicht hätte sie einen solchen Umfang annehmen können, wenn nicht die jahrelange Entbehrung eine solche Menge von Zündstoff im deutschen Volke angehäuft hätte, die zur Explosion führen mußte. (Anhaltendes Bravo.) Diejenigen, welche die Revolution herbeigeführt haben, haben sich schwer an unserem Vaterlande versündigt, denn wir haben, durch sie verhandlungsunfähig gemacht, Waffenstillstandsbedingungen annehmen müssen, wie sie härter und grausamer kaum gedacht werden können. Die Deutsche demokratische Partei hat nichts Revolutionäres, sie will reformieren, nicht umstürzen. Den früheren Konservativen in der Deutsch-nationalen Volkspartei bestreite ich dagegen, daß sie eine demokratische Politik verfolgen können, entschieden. (Beifall.) Herr Rektor Krieger wirft die Frage auf, ob es nötig ist, den Religionsunterricht fallen zu lassen, wenn Staat und Kirche getrennt werden. Das sei ebenso zu verneinen wie der Fortfall des Religionsunterrichts in der Einheitsschule, denn er würde fraglos sofort zur massenhaften Bildung von Privatschulen führen, deren Schülerzahl in kurzer Zeit die der Einheitsschule überwiegen würde. Frau Degener-Th. Papau regt die Frage an, ob nicht zum Ausgleich der nur wenig auseinandergehenden Ansichten der bürgerlichen Parteien sich durch Aufstellung einer Landwirtin gewissermaßen ein Mittelding erreichen ließe. (Zuruf: Frau Degener.) Ihre übrigen Ausführungen über die Lage der Landwirtschaft fanden nicht den Beifall des größten Teiles der Versammlung. Insbesondere wendet sich Herr Hackbarth gegen die von der Vorrednerin aufgestellte Forderung, daß den Landwirten zwecks besserer Versorgung der Stadtbevölkerung erlaubt sein solle, ihre Kunden direkt zu beliefern. Wenn die Rationierung nicht gewesen wäre, hätte mancher Städter Hunger leiden müssen. An dem Rationierungssystem dürfe vorderhand nicht gerüttelt werden. Ueberraschende Unkenntnis der Ziele der Deutsch-demokratischen Partei verriet Frl. Staemmler durch ihre an Herrn Justizrat Aronsohn gerichtete Frage, ob die Deutsche demokratische Partei auf dem Boden der sozialistischen Republik stände, was unter allgemeiner Heiterkeit vom Gefragten selbstverständlich verneint wurde. Fräulein Clara Wendel dankte darauf den Rednern, die sich an der Aussprache beteiligt haben. Wir sind für alle Erörterungen dankbar, mögen sie vom Standpunkt unserer Partei oder von der Gegenseite kommen; denn wir lernen aus allem, was vorgebracht wird. Ich betone ausdrücklich, daß wir Frauen auf politischem Gebiete Lernende sind, die der Leitung des Mannes bedürfen. Und wir lernen gern, gilt es doch ein hohes Ziel, den Wiederaufbau unseres geliebten, tief darniederliegenden Vaterlandes. Ich möchte an dieser Stelle Gelegenheit nehmen, den nationalen Standpunkt unserer Partei zu betonen. Ihre Angehörigen sind ebenso gute Vaterlandsfreunde wie die anderer bürgerlichen Parteien. Die Pflicht gegen das Vaterland steht bei uns an erster Stelle, wir sind Deutsch-Demokraten. Und so werde uns der Name unserer Partei zum Losungswort: Deutsch-demokratisch sein heißt wirken für Vaterland und Volk. Langanhaltender Beifall zeigte, daß diese Worte bei sehr vielen auf fruchtbaren Boden gefallen waren. — Schluß der Versammlung um 11 Uhr.

— **In der Altstädtischen evangelischen Kirche** soll, wie gestern angekündigt, am Sonntag an Stelle des Predigtgottesdienstes ein Vortrag gehalten werden, in dem Herr Pfarrer Jacobi die Frage beantworten will, wie sich der evangelische Christ bei den Wahlen zur Nationalversammlung zu verhalten habe. Daran soll sich eine Aussprache schließen. Niemand wird den Geistlichen die Berechtigung bestreiten, diesen Gegenstand zu erörtern, wie das ja auch schon mehrfach geschehen ist. Noch mehr: es wäre unverständlich, wenn sich die Geistlichkeit nicht mit dieser Frage befaßte. Aber daß die Besprechung in die Kirche verlegt wird, erregt insofern Bedenken, als man nicht vorhersehen kann, inwieweit bei der Besprechung die Parteipolitik zum Worte kommen wird. Daraus können sich Auseinandersetzungen ergeben die man gerade als Freund der Kirche aus den

dem Gottesdienste geweihten Räumen ferne gehalten wissen möchte. Die Kirche soll für alle Parteien neutraler Boden bleiben.

— **Mitteilungen der öffentlichen Wetterdienststelle.** Sonnabend, den 4. Januar 1919: Teils wolkig, leichte Schneefälle, Temperatur wenig geändert.

Podgorz. Unfug oder Vorbereitung? In der Nacht vom Mittwoch zum Donnerstag wurden die Bewohner von Podgorz um einviertel vier Uhr durch Gewehrschüsse, die aus einem in der Hauptstraße aufgestellten Maschinengewehr abgegeben wurden, aufgeschreckt. Wie verlautet, haben sich Soldaten unberechtigter Weise das Maschinengewehr angeeignet und nach einer im Gasthaus zur Post beendigten Kneiperei vor dem Post- und Magistratsgebäude in Betrieb genommen. Außer einer zertrümmerten Straßenlampe ist nennenswerter Schaden nicht entstanden.

Leibitsch. Demokratische Versammlung. Am 1. Januar fand im Gasthause Marquardt eine gut besuchte Mitglieder-Versammlung der Deutschen demokratischen Partei (Bezirk Leibitsch) statt. Die Erledigung der Tagesordnung nahm einen einmütigen Verlauf und der Vorsitzende konnte der Ortsgruppe die freudige Mitteilung machen, daß die Zahl der Mitglieder mehr denn 250 betrage u. daß durch unermüdliche Werbetätigkeit recht bald weitere günstige Ergebnisse zu verzeichnen sein werden.

Marienburg. Einbrecher stahlen aus dem Geschäftslokal der hiesigen Firma F. Leckies Nachf. große Mengen Kleiderseide, Kostümstoffe, Blusen, Ober- und Unterröcke, Strümpfe, Handschuhe, Taschentücher, Wolle, Erstlingswäsche, Schürzen, Herren- u. Damenkonfektion im Gesamtwerte von etwa 20 000 Mark. Die Diebe haben mit Nachschlüsseln gearbeitet. Auf die Ergreifung der Täter ist eine Belohnung von 1000 Mark ausgesetzt.

Berent. Auflösung des Soldatenrats. Die Absetzung des hiesigen Bürgermeisters durch den A.- und S.-Rat ist vom Danziger Zentralausschuß nicht anerkannt worden. Da in Berent kein Militär steht, ist die Bildung eines Soldatenrates nicht begründet, weshalb seine Auflösung verlangt wird.

Bromberg. Infolge Gasvergiftung haben in der Christnacht der 70 Jahre alte Rektor a. D. Wilhelm Heß und seine 73jährige Gattin den Tod gefunden. Die beiden alten Leute hatten am Heiligenabend noch einen Christbaum geschmückt und Weihnachtslieder gesungen. Als sich am ersten Feiertag starker Gasgeruch bemerkbar machte, ließ man die verschlossene Wohnung öffnen und fand die Eheleute als Leichen vor. Das Gas war durch eine losgelöste Muffe an der Gaslampe ausgeströmt.

Eingesandt.

Für Veröffentlichungen an dieser Stelle übernimmt die Schriftleitung nur die preßgesetzliche Verantwortung.

In der letzten Versammlung der nationalen Volkspartei erklärte Herr Direktor Ganske, Deutschland hätte sich 1813 nur deshalb gegen die Fremdherrschaft erheben können, weil an seiner Spitze ein König gestanden hätte. Starke Machtentfaltung nach außen wäre also mit anderen Worten mit einer Republik unvereinbar. Wie steht es in Wahrheit damit? England hat gerade nach der Revolution unter der Herrschaft des genialen Volksmannes Cromwell durch den Sieg über die Niederlande den Grund zu seiner heutigen Macht gelegt. Frankreich verteidigte nach der Revolution den heimischen Boden erfolgreich gegen den äußeren Feind. Daß es 1813 zur Erhebung Preußens kam, war am wenigsten das Verdienst des zaghaften, energielosen Königs. Es war vielmehr das Verdienst des Volkes und seiner geistigen Führer, daß dieser schwache König, der eine der traurigsten Figuren in Preußens Geschichte ist, schließlich gezwungen wurde, der Volksstimmung nachzugeben. Allerdings wurde das Volk auch „Königlich“ für seine Opferfreudigkeit belohnt: Von den Reformen, die ihm versprochen waren, wurde kaum eine durchgeführt. Wären damals 1848 und später die notwendigen Reformen eingeführt worden, dann hätte sich das Volk ganz anders mit seinem Staate und seinem König verwachsen gefühlt. Dann hätte das demokratische Kaisertum gegründet werden können, von dem Herr Direktor Ganske sprach. Einen Kastenstaat aber, von dem es ausgeschlossen war, in dem es nur zum Totschießen und Steuerzahlen gut war, konnte das Volk nicht mit seiner Liebe betrachten. Daher die Entwicklung der Sozialdemokratie, daher der jetzige Zusammenbruch. Wozu übrigens die Reminiscenz an 1813. Wollte Herr Direktor Ganske damit sagen, daß nur ein neuer Krieg Deutschland wieder aufrichten könnte? Ist es die Ansicht der Nationalpartei, daß nur durch den Heldentod neuer Hunderttausende die deutsche Ehre wieder gerettet werden könnte? Eine Antwort wäre wünschenswert. — Herr Direktor G. hat weiter behauptet, wäre der Kaiser noch einige Tage am Ruder geblieben, so wäre das Unheil vermieden worden. Meiner Ansicht nach hing es nicht mehr vom Kaiser ab, ob er abdanken wollte. Er dankte nicht mehr ab, sondern wurde vom Volke in den Ruhestand versetzt. Das Kaisertum, das unter Wilhelm II. in demokratischer Form kaum möglich gewesen wäre, ist unheilbar kompromittiert. Nebenbeigesagt, gehörte, das sogenannte englische demokratische Staatenkönigtum nicht gerade zu den Forderungen, die der größte Teil der Nationalpartei vor der Revolution vertrat. Wenigstens schien es mir immer so, als ob diese Kreise für das selige Dreiklassenwahlrecht mit weit größerer Entschiedenheit eintraten. Aber das mag ein persönlicher Irrtum sein. Wie kann man von einer Volkspartei so etwas annehmen? W.

Auch diese ernste, blutige Zeit lehrt wieder, daß es ewige Wahrheiten gibt, selbst wenn sie auf dem an sich engen Gebiet der Dramaturgie liegen. Schon die Griechen erkannten, daß dem Menschen hinter jeder Tragödie das Satyrspiel nötig ist.

Ein guter Beweis ist schon die zerbrochene Front der Bürgerlichen in diesem Wahlkampfe. Das wirtschaftliche, das konfessionelle Wasser ist zu tief: sie können zu einander nicht kommen, obwohl ihre Trennung der roten Flut breitetestes Bett und Niederreißen aller schützenden Dämme bringt.

Den Rekord und somit das leuchtendste Beispiel für den obigen Satz sehen wir eben an den Nationalliberalen. Wie stets und früher schwankend, nie folgerichtig und entschlossen zerfallen sie jetzt ganz.

Der nationalliberale Verband für Westpreußen fordert zur rückhaltlosen Unterstützung der deutsch-demokratischen Partei auf; an demselben Tage empfehlen die Nationalliberalen Thorns, an der Spitze ihr Vorsitzender und ihr Reichstagsabgeordneter, ihren Gesinnungsgenossen, in die Deutsch-nationale Volkspartei einzutreten. Es ist wirklich schwer, auf dieses Satyrspiel nicht eine Satyre zu schreiben.

Die Thorner Herren haben nicht gelernt, aber viel vergessen: Sie wissen anscheinend nicht mehr, daß sie sich wieder zum Schleppenträger der Reaktion aller Schattierungen machen lassen, sie wissen nicht mehr, daß sie wieder durch ihre Hilfe die Kräfte haben und unterstützen, deren völlige Unfähigkeit und Eigensucht an erster Stelle der jetzige Zusammenbruch zuzuschreiben ist.

Blind rennen sie wieder in ihr Verderben, blind wollen sie wieder ihre eigenen Schlächter wählen, unmittelbar indem sie zu einer etwaigen Mehrheit von Alldeutschtum und Konservatismus beitragen, mittelbar, indem sie durch diese Wahlparole den Sozialdemokraten Wasser auf die Mühle leiten.

Es ist nur zu hoffen und zu wünschen, daß die Anhänger dieser, wie stets versagenden Führer aus dem Chaos der Jetztzeit und den Zusammenbruch der Vergangenheit mehr gelernt haben als die sich für berufen Haltenden, daß sie die Forderung des Tages erkannt haben: geschlossene Front gegen den Sozialismus, daher geschlossenes Eintreten für die Deutsch-demokratische Partei, in der die Demokratie nicht verwässert und verflacht ist, daran gesunde, klare Grundsätze von rechts und links nicht zu widerlegen sind, weil sie auch schärfster Kritik standhalten.

Daher geht an alle, auch die Nationalliberalen unserer Stadt und Umgegend der Ruf:

Wählt am 19. Januar die Männer Eurer Zukunft, Eurer Entwicklung, Eurer Gesundung, mit einem Wort: wählt die Listen der Deutsch-demokratischen Partei!

Amtliche städtische Bekanntmachungen.

Thorn. 4. 1. 1919

Bekanntmachung.

Zur Wahl

für die deutsche Nationalversammlung am 19. Januar 1919

werden die Wählerlisten für die in jedem Stimmbezirk wohnhaften Wahlberechtigten in der Zeit vom 30. Dezember, vormittags 10 Uhr ab auf die Dauer von acht Tagen d. i. bis zum 6. Januar 1919 einschließlich zu jedermanns Einsicht ausliegen und zwar

im Magistratssitzungssaale Zimmer 16 des Rathauses, während der Stunden von 10 Uhr vormittage bis 3 Uhr nachmittags.

Das Wahrecht kann nur in dem **Stimmbezirke** ausgeübt werden, wo der Wahlberechtigte **in der Wählerliste** eingetragen ist.

Hierauf wird besonders hingewiesen, ebenso auf folgende Bestimmungen über die **Einspruchsfrist.**

Wer die Wählerliste für unrichtig oder unvollständig hält, kann dies bis zum Ablauf der Auslegungsfrist d. i. bis zum 6. Januar 1919, nachmittags 3 Uhr bei dem Magistrat schriftlich anzeigen oder zu Protokoll geben, wozu an der Auslegungsstelle Gelegenheit geboten wird.

So haben z. B. Personen in die Wählerliste nicht eingetragen werden können, weil das Alter (vollendete 20. Lebensjahr) aus der Haushaltungsliste nicht ersichtlich war, andere deshalb nicht, weil sie verreist waren.

Soweit die Richtigkeit der den Einspruch begründenden Behauptungen nicht offenkundig ist, hat der Einsprechende für sie Beweismittel beizubringen.

Nach dem Ablauf der Auslegungsfrist **können** in die Wählerlisten Wahlberechtigte nur in Erledigung rechtzeitig angebrachter Einsprüche aufgenommen werden.

Verlegt ein Wahlberechtigter nach diesem Zeitpunkt (6. Januar 1919, nachmittags 3 Uhr) seinen Wohnsitz nach einem andern Stimmbezirke, so ist er berechtigt, sich nach **Löschung** seines Namens in der Wählerliste seines bisherigen Stimmbezirkes auf Grund einer hierüber von dem Magistrat auszustellenden Bescheinigung im Stimmbezirke seines **neuen Wohnsitzes** nachträglich in die Wählerliste aufnehmen zu lassen.

Hierauf werden insbesondere **vom Heeresdienste entlassene** Wahlberechtigte hingewiesen.

Besondere Regierungs-Verordnungen über die nachträgliche Aufnahme von Angehörigen des Heeres und der Marine, die erst im Januar 1919 aus dem Felde heimkehren oder mit größeren geschlossenen Truppenteilen aus dem Auslande (unter Umständen auch aus der Kriegsgefangenschaft) zurückkehren, sind außerdem in Aussicht gestellt.

Die Bekanntmachung der Stimmbezirke erfolgt besonders.

Thorn, den 26. Dezember 1918.

Der Magistrat.
Dr. Hasse.

Verlust von Lebensmittelkarten.

Hütet die Brotkarte und Lebensmittelkarte.

Nehmt beim Ausgange nie mehr Marken mit, als verwandt werden sollen.

Verlust der Marken bedeutet Hunger leiden. Ersatz kann nicht gegeben werden.

Der Magistrat.

Fischverkauf.

Zum Fischeinkauf wird für die Zeit vom 5 Januar bis 15. Februar 1919 der Abschnitt 33 der Lebensmittelkarte J aufgerufen. Fischmarke Nr. 11 der Lebensmittelkarte J darf vom 4 Januar 1919 nicht mehr beliefert werden. Jeder Abschnitt berechtigt zum Einkauf von 1/2 Pfund frischen Fischen. Die vielfach vertretene Ansicht, daß nach 10 Uhr vormittags Fische ohne Marken verkauft werden dürfen, ist irrig. Solange Käufer mit Marken nach 10 Uhr auf dem Markte anwesend sind, müssen die Fische an die Markeninhaber abgegeben werden.

Thorn, den 2. Januar 1919.

Der Magistrat.
Der Arbeiter- und Soldatenrat.

Milch.

Für die vom 1. Januar 1919 ab ausgegebenen Milchkarten ist gegenwärtig Milch hinreichend vorhanden. Wenn in einzelnen Verkaufsstellen in den ersten Tagen trotzdem noch kleinere Abzüge gemacht wurden, so ist dies darauf zurückzuführen, daß die Kunden-Umschreibungen noch nicht überall beendet sind. In den nächsten Tagen wird dieser Mißstand auf alle Fälle behoben sein.

Thorn, den 3. Januar 1919.

Der Magistrat.

Die Demobilmachung hat begonnen, unsere Feldgrauen kehren in die Heimat zurück. Alles kommt jetzt darauf an, das wirtschaftliche Leben wieder in Gang zu bringen, in Stadt und Land Gelegenheit zu redlicher Arbeit zu schaffen, denn Arbeitslosigkeit bringt die Gefahr von Hungersnot und Ausschreitungen. Schon sind Staat und Gemeinden am Werke, für die fortfallenden Heeresaufträge durch Inangriffnahme größerer Arbeiten und Erteilung mannigfaltiger Aufträge Gelegenheit zu Arbeit und Verdienst zu bieten. Damit geschieht aber nicht genug; auch für den Handwerker, der an diesen öffentlichen Arbeiten keinen Anteil gewinnt, muß gesorgt werden. Deswegen ergeht außer an die öffentlichen Körperschaften auch an jeden Privatbetrieb und Privathaushalt der Ruf: Denkt an die Handwerker, die aus dem Felde oder aus dem Hilfsdienst heimkehrenden und jetzt wieder Arbeit und Brot haben wollen und haben müssen. In jedem Betriebe und Haushalte werden Arbeiten oder Anschaffungen vorzunehmen sein, die während des Krieges zurückgestellt waren, wird es Aenderungen und Ausbesserungen geben, die schon längst hätten ausgeführt sein sollen. Jetzt ist die rechte Zeit, sie in Auftrag zu geben, wenn auch für den einzelnen verbundene kleine Geldopfer gebracht werden müssen. Verlasse sich niemand darauf, daß vielleicht in wenigen Wochen die Preise niedriger sein werden. Bleiben unsere Handwerker und Geschäftsleute jetzt ohne Verdienst, so können daraus Zustände entstehen, die der Gesamtheit und jedem einzelnen unendlich viel teurer zu stehen kommen.

Thorn, den 2. Januar 1919.

Der Magistrat.
Demobilmachungs-Ausschuß.

Bekanntmachung.

Als Notstandsarbeit sollen die Regulierungsarbeiten in der verlängerten Heppnerstraße, zwischen Kirchhofstraße und der Culmer Chaussee vergeben werden.

Wir haben einen Termin auf **Montag, den 6. Januar 1919,** vorm. 10 Uhr im Stadtbauamt festgesetzt.

Verdingungsunterlagen können während der Dienststunden, von Donnerstag, den 2. Januar 1919 ab im Stadtbauamt eingesehen, oder gegen Erstattung der Vervielfältigungskosten von 0,75 Mark von dort bezogen werden.

Die Angebote sind als solche äußerlich kenntlich zu machen und an den Magistrat, z. H. des Herrn Bürodirektor Koch, Rathaus Zimmer Nr. 19 mit der Unterschrift anerkannten allgemeinen Verdingungen einzureichen.

Thorn, den 30. Dezember 1918.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Vom Sonnabend den 4. d. Mts. ab

befinden sich unsere Diensträume

wieder im Hause

Brückenstraße 10, I.

Fernruf Nr. 656.

Thorn, den 3. Januar 1919.

Ortskohlenstelle.

Bekanntmachung betr. Sonntagsruhe.

Wir weisen nochmals ausdrücklich darauf hin, daß nur Milch- und Brotverkaufsstellen von 7—9 Uhr vorm. geöffnet sein dürfen, sollte z. B. die Milch durch Verkehrsschwierigkeiten später eintreffen, dann darf der Verkauf auch zu einer späteren Stunde erfolgen. Zeitungsverkaufsstellen von 11—1 Uhr. Alle übrigen kaufmännischen Betriebe, auch Speditionsbetriebe haben an Sonn- und Feiertagen geschlossen zu halten.

Bei Zuwiderhandlungen erfolgt zwangsweise Schließung der Betriebe.

Arbeiter- und Soldatenrat.

Raube. Makowski. Goldak. Böhme.

Aufruf

zugunsten der von den Franzosen aus Elsaß-Lothringen vertriebenen Deutschen.

Tausende deutscher Familien aus Elsaß-Lothringen befinden sich in höchster Not. Entgegen den im Waffenstillstandsvertrage gemachten Zusagen wurden Hunderte von Elsaß-Lothringern und anderen Reichsdeutschen aller Bundesstaaten fast ausnahmslos unter Hinterlassung ihrer gesamten Habe ausgewiesen. Tausende haben nach vorliegenden Nachrichten ein ähnliches Schicksal zu erwarten. Mittellos stehen sie da. Vielfach herausgerissen aus ihren Familien, aus ihrem Berufe verdrängt, ohne Unterkunft, ohne Verpflegung, ohne Arbeits- und Erwerbsmöglichkeit.

Es ist unsere Ehrenpflicht, diesen Bedrängten, die um ihres Deutschtums, um ihres Vertrauens willen auf Deutschlands Kraft und Treue leiden, unsere Hilfe nicht zu versagen. Darum **helft ihnen in ihrer bitteren Not! Sorgt für ihre Unterkunft und Verpflegung! Verschafft ihnen Arbeitsgelegenheit und Verdienstmöglichkeit! Spendet die Geldmittel für die dringendsten Bedürfnisse!**

Der „Hilfsbund für die Elsaß-Lothringer im Reich" in Berlin W 8, Wilhelmstraße 71, übernimmt die Vermittlung.

Tretet dem Bunde bei! Setzt Euch mit ihm in Verbindung! Sendet ihm Eure Beiträge. Ihm macht Mitteilung über offene Stellen, über Unterkunfts- und Verpflegungsmöglichkeiten.

Organisiert aber auch die Hilfeleistung in den einzelnen Bundesstaaten und Städten!

Unsere Bitte richtet sich an alle Staats- und Gemeindebehörden, an alle Organisationen des Handels und der Industrie, des Handwerks und der Landwirtschaft, der Beamten und freien Berufe! Aber auch an jeden einzelnen im Reich!

Reichliche Mittel sind erforderlich! Rasche Hilfe tut not!

Unsere Zahlstellen sind:

Preußische Staatsbank (Seehandlung) — Bank für Handel und Industrie (Darmstädter Bank) und sämtliche Zweigniederlassungen und Depositenkassen. — Berliner Handelsgesellschaft — S Bleichröder. — Kommerz- und Diskontobank und sämtliche Zweigniederlassungen und Depositenkassen. — Delbrück, Schickler & Co — Deutsche Bank und sämtliche Zweigniederlassungen und Depositenkassen. — Direktion der Diskontogesellschaft und sämtliche Zweigniederlassungen und Depositenkassen — Dresdner Bank und sämtliche Zweigniederlassungen und Depositenkassen. — Hardy & Co, G. m. b. H. — Jacquier & Securius — F. W Krause & Co — Mendelssohn & Co. — E. J. Meyer. — Mitteldeutsche Kreditbank und sämtliche Zweigniederlassungen und Depositenkassen. — Nationalbank für Deutschland und sämtliche Zweigniederlassungen und Depositenkassen. Wiener, Levy & Co.

Postscheckkonto: Berlin 40 487.

Berlin, Ende Dezember 1918

Der Hilfsbund für die Elsaß-Lothringer im Reich.

Fürst von Wedel.

Eduard Arnhold, Geheimer Kommerzienrat **Dr. Carl**, Geheimer Regierungsrat, vortr. Rat im Reichsschatzamt **Dominicus**, Oberbürgermeister von Berlin-Schöneberg **Donnevert**, Rechtsanwalt (Metz). **Fritsch**, Präsident des Reichsschatzamts. **Dr. v. Gwinner**, Geheimer Kommerzienrat, Direktor der Deutschen Bank Frau **Elly Heuß-Knapp**, Schriftstellerin **Horning** Geheimer Oberregierungsrat **Dr. Leese**, Wirklicher Geheimer Oberregierungsrat **Agnes Leydhecker**. Professor **Friedrich Lienhardt**, Schriftsteller. **Mankiewitz**, Direktor der Deutschen Bank. **Dr. Meinecke**, Universitätsprofessor **Dr. Robis**, Wirkl. Geh Oberregierungsrat **v Pfuel**, General d. Kav, Vorsitzender des Zentralvorstandes der Deutschen Vereine vom Roten Kreuz **Dr. Preuß**, Staatssekretär des Innern. **Dr. Walther Rathenau**, Präsident der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft **Ulrich Rauscher** **Renaud**, Geh. Oberregierungsrat. **Scheüch**, Generalleutnant, Kriegsminister. **Schiffer**, Staatssekretär des Reichsschatzamts **Dr. Schwander**, Staatssekretär a. D. **Selberg**, Kommerzienrat. **Dr. Sieveking**, Hanseatischer Gesandter **Dr v. Studt**, Staatsminister **Vogel**, Geheimer Oberregierungsrat. **Wündisch**, Regierungsrat